



Unruhen



**Dieses Gefährdungsdossier ist Teil der nationalen Risikoanalyse
«Katastrophen und Notlagen Schweiz»**

Definition

Es gibt verschiedene Arten von Unruhen, die sich unter dem Sammelbegriff gesellschaftliche Unruhen zusammenfassen lassen. Dieser Begriff deckt die verschiedenen Formen der in der Öffentlichkeit ausgetragenen Auseinandersetzungen innerhalb einer Gesellschaft ab, die die innere Ordnung stören.

Gesellschaftliche Proteste können friedlich oder gewaltsam verlaufen. Soziale Bewegungen, Demonstrationen, Streiks oder ziviler Ungehorsam verlaufen meistens friedlich. Gewaltsame Proteste, bzw. Unruhen, können entstehen, wenn es zu Ausschreitungen oder sogar Aufständen mit mutwilliger Anwendung aggressiver und zerstörerischer Mittel kommt. Das umfasst unter anderem Sachbeschädigung, Vandalismus und weitere Gewalttätigkeiten wie Körperverletzungen, Plünderungen und Brandstiftungen, die die Sicherheit, innere Ordnung und das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben gefährden. In schweren Fällen können gewaltsame Unruhen auch Verletzte und Tote zur Folge haben.

Unruhen haben vielfältige Ursachen und Auslöser. Die Beweggründe können beispielsweise politischer, sozialer, wirtschaftlicher, rechtlicher, kultureller, ethnisch-religiöser oder ideologischer Natur sein. Tiefe gesellschaftliche Probleme, wie systemische Ungerechtigkeit, Machtmisbrauch, Unzufriedenheit und Frustration spielen dabei meist eine tragende Rolle. Auch infolge von Katastrophen und Notlagen, wie beispielsweise bei einem langanhaltenden Stromausfall, kann es zu gewaltsamen Protesten kommen.

Februar 2026



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS

Inhalt

Ereignisbeispiele	3
Einflussfaktoren	4
Intensitäten von Szenarien	5
Szenario	6
Auswirkungen	8
Risiko	10
Rechtliche Grundlagen	11
Weiterführende Informationen	12

Ereignisbeispiele

Vergangene Ereignisse tragen dazu bei, eine Gefährdung besser zu verstehen. Sie veranschaulichen die Entstehung, den Ablauf und die Auswirkungen der untersuchten Gefährdung.

Juli bis August 2024 England und Nordirland Gewaltsame Ausschreitungen und Krawalle	Nach einer Messerattacke auf Kinder und Erwachsene in Southport (Grossbritannien) kam es zu einer Reihe gewalttätiger Ausschreitungen. Angeheizt durch Medienberichte und Falschmeldungen in sozialen Netzwerken breiteten sich innerhalb weniger Tage Unruhen auf mehrere Städte in England und Nordirland aus. Die überwiegend rechtsradikalen, gewaltsamen Proteste und Angriffe richteten sich gegen Asylbewerbende und andere Minderheiten. Durch das Eingreifen der Polizei und das Aufkommen von Gegendemonstrationen nahmen die Spannungen bis Mitte August 2024 allmählich ab. Insgesamt wurden Unruhen in 18 Städten registriert und es gab 1280 Verhaftungen mit etwa 800 Anklagen.
Juni bis Juli 2023 Frankreich Proteste und gewalttätige Ausschreitungen	Am 27. Juni 2023 wurde der 17-jährige Nahel Merzouk durch einen Polizisten erschossen. Die Nachricht löste heftige Proteste aus, die sich schnell in gewaltsame Ausschreitungen verwandelten. Innerhalb weniger Tage breiteten sich die Unruhen auf zahlreiche Städte in Frankreich aus, darunter Paris, Marseille, Lyon und andere Grossstädte. Während der Unruhen wurden Tausende Menschen verhaftet und es kam zu massiven Sachbeschädigungen, Brandstiftungen, Plünderungen und Zusammenstössen mit der Polizei. Die intensivsten Unruhen hielten etwa eine Woche an, während sich die Lage in den Wochen danach allmählich beruhigte. Die Unruhen machten tief verwurzelte gesellschaftliche Probleme deutlich, darunter Diskriminierung, soziale Ungleichheit und die angespannte Beziehung zwischen der Polizei und Gemeinden in den Vororten (Banlieues).
November 2018 bis Juni 2019 Frankreich Proteste der «gilets jaunes»	Die «Gilets jaunes»-Bewegung («Gelbwestenbewegung») begann am 17. November 2018 mit Protesten gegen eine geplante Erhöhung der Benzinsteuer zur Finanzierung und Durchsetzung der Energiewende in Frankreich. Später folgten Forderungen nach Steuersenkungen, Rentenerhöhungen und politischer Mitsprache. Allgemeine Wut und Unmut breiteten sich aus. Vor allem die sozialen Netzwerke spielten dabei eine grosse Rolle. Bis Ende Juni 2019 fanden insgesamt 33 landesweite «Samstagsdemonstrationen» statt. Die Proteste wurden vor allem in Paris, aber auch in anderen Städten, mehrmalig von gewalttätigen Ausschreitungen mit Strassenblockaden, Brandstiftungen und Vandalismus begleitet. In ganz Frankreich wurden rund 4500 Personen festgenommen. Rund 1850 Demonstranten und 1050 Sicherheitskräfte wurden verletzt und es kamen insgesamt 11 Personen ums Leben.
1980 bis 1982 Schweiz Opernhauskrawalle	Im Mai 1980 genehmigte der Zürcher Stadtrat 60 Mio. CHF für die Renovation des Opernhauses und lehnte gleichzeitig die Forderungen nach einem autonomen Jugendzentrum ab. Dies löste eine Gewaltspirale zwischen den Unterstützern des Jugendzentrums und der Polizei aus. Auch in anderen Schweizer Städten gab es gewalttätige Proteste für mehr kulturellen Freiraum sowie für sozialpolitische Anliegen. Diese hatten in den folgenden zwei Jahren mehrere hundert Verletzte auf beiden Seiten und Sachschäden in Millionenhöhe zur Folge.

Einflussfaktoren

Diese Faktoren können Einfluss auf die Entstehung, Entwicklung und Auswirkungen der Gefährdung haben.

Gefahrenquelle	<ul style="list-style-type: none">– Unzufriedene Gruppierung(en) mit geringer Schwelle zur Gewaltanwendung– Organisationen mit konkreter Absicht zur Gewaltanwendung und/oder Radikalisierung– Unterwanderung bewilligter, friedlicher Demonstrationen– Organisationsform und -grad der Unruhestiftenden– Anzahl und Gewaltbereitschaft der Unruhestiftenden– Mittel und Waffen der Gewaltbereiten– Unterstützung durch Dritte (Sympathisanten, Gruppierungen, politische Parteien) oder Beeinflussungsoperationen eines fremden Staates– Bereits bestehende Spannungen (bspw. aufgrund von Polizeigewalt, Regierungsführung oder politischer Instabilität)
Zeitpunkt	<ul style="list-style-type: none">– Wochentag– Jahreszeit– Zusammentreffen mit Ereignissen, die Einsatzkräfte binden, andere Ressourcen und/oder die Reaktionsfähigkeit von Verantwortlichen einschränken (z. B. Grossveranstaltungen)
Ort / Ausdehnung	<ul style="list-style-type: none">– Ein (Ausgangs-)Ort oder Ausbreitung auf mehrere Orte– Soziales Gefüge / Bevölkerungsdichte in betroffenen Gebieten– Betroffene Infrastrukturen (z. B. Verkehrswege, Regierungssitze, Kritische Infrastruktur)– Nachahmer-Effekte
Ereignisablauf	<ul style="list-style-type: none">– Dauer der Unruhen– Intensität der Unruhen– Verhalten und Reaktionen der Bevölkerung– Information und Falschinformationen über soziale Medien, die als Katalysatoren die Unruhen weiter aufheizen und Informationen schnell verbreiten– Kommunikation und Verhalten der Einsatzkräfte, Behörden und der Politik

Intensitäten von Szenarien

Abhängig von den Einflussfaktoren können sich verschiedene Ereignisse mit verschiedenen Intensitäten entwickeln. Die unten aufgeführten Szenarien stellen eine Auswahl vieler möglicher Abläufe dar und sind keine Vorhersage. Mit diesen Szenarien werden mögliche Auswirkungen antizipiert, um sich auf die Gefährdung vorzubereiten.

1 – erheblich

- Unruhen während weniger Tage
- Keine gravierenden Nachwirkungen spürbar
- Gegen Ordnungskräfte gerichtet
- Vandalismus, Einsatz von Pflastersteinen, vereinzelt Molotow-Cocktails
- Wenige Festnahmen, primär aufgrund von Straftaten wie Sachbeschädigungen und dem nicht Einhalten gesellschaftlicher Normen und Regeln
- Wenige Städte in der Schweiz betroffen
- Klassische und soziale Medien greifen die Ereignisse auf; es kommt zu einer intensiven und teilweise kontroversen Berichterstattung

2 – gross

- Unruhen während mehrerer Wochen
- Spürbare Nachwirkungen wie Spannungen in der Gesellschaft über einen längeren Zeitraum
- Gegen Ordnungskräfte und staatliche Einrichtungen gerichtet
- Gegendemonstrationen
- Anwendung von Gewalt in Form von Vandalismus, Einsatz von Molotow-Cocktails und gezielter Brandstiftung
- Mehrere Festnahmen aufgrund von Straftaten wie Sachbeschädigungen und Körperverletzungen
- Mehrere Städte in der Schweiz betroffen
- Klassische, vor allem aber auch soziale Medien, widmen sich intensiv den Unruhen; einige Gruppierungen nutzen die sozialen Medien, um sich zu organisieren

3 – extrem

- Unruhen während mehrerer Monate
- Deutlich spürbare Nachwirkungen wie gesellschaftliche Spaltung über einen längeren Zeitraum
- Gegen Ordnungskräfte und staatliche Einrichtungen gerichtet
- Gegendemonstrationen mit gewalt samen Auseinandersetzungen
- Gezielter Vandalismus gegen kritische Infrastrukturen
- Anwendung von Gewalt in Form von Vandalismus, Einsatz von Molotow-Cocktails, gezielter Brandstiftung, Verwendung anderer Waffen (Messer, Mehrzweckstöcke usw.)
- Mehrere Festnahmen aufgrund schwerwiegender Straftaten wie mehrfacher Körperverletzungen und/oder auch mutmasslichen Tötungsdelikten
- Viele grössere Städte in der Schweiz betroffen
- In den klassischen, vor allem aber auch in den sozialen Medien, sind die Unruhen in der Schweiz über Wochen das vorherrschende Thema. Gezielte Falschinformationen werden verbreitet, um die Bevölkerung gegen den Staat aufzuhetzen.

Szenario

Das nachfolgende Szenario basiert auf der Intensitätsstufe «gross».

Ausgangslage / Vorphase

Aus verschiedenen Gründen steigt in der Bevölkerung die allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik, psychische Belastungen nehmen zu und die allgemeine Gewaltbereitschaft steigt. Durch eine verschlechterte Wirtschaftslage steigen die Jugendarbeitslosigkeit und die Anzahl von Armut betroffener Personen.

An den 1. Mai-Demonstrationen sammeln sich besonders viele Menschen, darunter zahlreiche Junge und Minderjährige. Die Demonstrationen verlaufen zunächst friedlich und ziehen viele Sympathisanten an.

Die Polizei versucht bei den Demonstrationen die öffentliche Ordnung zu wahren, muss dabei aber vermehrt gezielt gegen gewalttätige Einzelpersonen vorgehen. Am frühen Nachmittag kesselt die Polizei bei einer unbewilligten Nachdemonstration eine Gruppe von Demonstrierenden ein. Der Protest eskaliert: Teilnehmende zünden Abfalleimer an und schlagen Scheiben ein. Die Demonstration wird insgesamt als gewalttätig eingestuft. Die Polizei setzt Mehrzweckstöcke (ugs. Schlagstöcke), Reizstoffspray (ugs. Pfefferspray), Reizgas (ugs. Tränengas), Gummischrot und Wasserwerfer ein, um den Protest aufzulösen und nimmt zahlreiche Randalierende fest. Nach einem Brandanschlag verunfallt ein Jugendlicher auf der Flucht vor der Polizei tödlich.

Ereignisphase

Die Nachricht des tödlich verunglückten Jugendlichen verbreitet sich sehr schnell über die Sozialen Medien, was den weiteren Protest verschärft. Am Tag darauf versammeln sich in verschiedenen Schweizer Städten Menschen, um solidarisch gegen das harte Vorgehen der Polizei zu demonstrieren und fordern eine unabhängige Aufklärung der Todesursache des Jugendlichen.

Die Gewaltbereitschaft vieler Demonstrierenden ist sehr hoch; der Protest wird über die Sozialen Medien noch weiter angeheizt. Viele sind mit Messern bewaffnet. Demonstrierende bewerfen die Polizei mit Pflastersteinen, vereinzelt fliegen Molotow-Cocktails. Der öffentliche sowie der Individual-Verkehr in den betroffenen Innenstädten sind stark beeinträchtigt und kommen teilweise zum Erliegen. Nach der ersten Krawallnacht werden schweizweit Dutzende ausgebrannte Autos und zahlreiche zerstörte Schaufesterscheiben gezählt. In einigen Geschäften kommt es zu Plünderungen.

In den folgenden zwei Wochen dreht sich die Gewaltspirale immer schneller. Die Polizei versucht zunächst, mit hartem Vorgehen und einem massiven Aufgebot an Gitterfahrzeugen und Wasserwerfern ein schnelles Ende der Ausschreitungen zu erreichen, bewirkt damit aber das Gegenteil. Die Gewaltbereitschaft der Randalierenden nimmt weiter zu, die Zahl der Sympathisierenden steigt. In einigen Städten kommt es jedoch auch zu Gegendemonstrationen, die die Lage weiter verschärfen. Zahlreiche Verletzte bei Demonstrierenden und Sicherheitskräften sind die Folge. Die Polizei nimmt gewaltbereite Demonstrierende vorübergehend fest. Dies führt zwischenzeitlich zu einer Überlastung bei den zuständigen Staatsanwaltschaften sowie in den Justizvollzugsanstalten.

Als nach einem Brand in einer innerstädtischen Bankfiliale eine Person an Rauchvergiftung stirbt, meiden immer mehr Menschen die Innenstädte. Aber auch in Außenquartieren sind viele Menschen aufgrund kleinerer Ausschreitungen verängstigt. Das öffentliche Leben ist zunehmend eingeschränkt. Der nationale Polizeiführungsstab wird aufgeboten.

Neben Angriffen auf Gebäude von internationalen Konzernen sind vor allem auch staatliche Einrichtungen betroffen. In den Hotspots der Grossstädte bleiben öffentliche Einrichtungen für einige Tage geschlossen oder werden mit grossem Aufwand von Polizei und privaten Sicherheitsfirmen bewacht. Vereinzelt werden auch Schulen und Universitätsgebäude besetzt. Da Busse und Trams demoliert und teilweise angezündet werden, wird in vielen Städten der öffentliche Verkehr zumindest teilweise eingestellt. In der Konsequenz verhängt eine der betroffenen Städte eine Ausgangssperre.

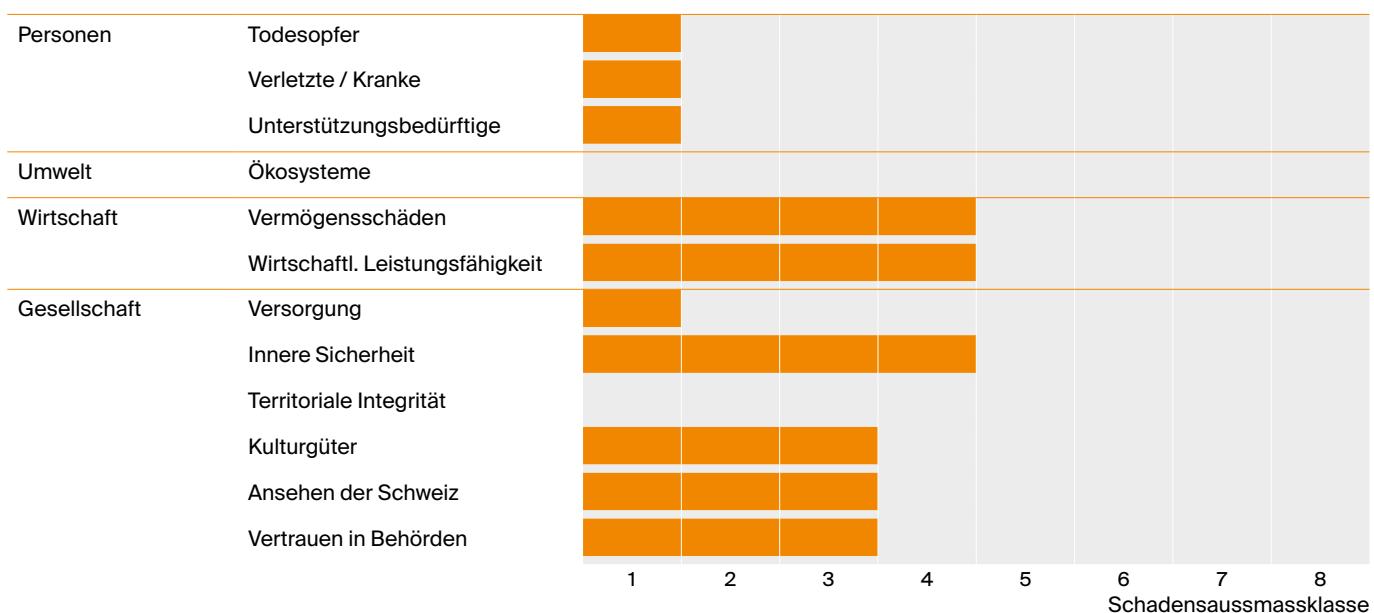
Schliesslich verspricht die Politik, sich der vordringlichen gesellschaftlichen Probleme anzunehmen und Programme gegen polizeiliche Gewalt zu fördern.

Drei Wochen nach dem Beginn der Unruhen beruhigt sich die Situation wieder.

Regenerationsphase	Die Aufräum- und Reparaturarbeiten dauern mehrere Wochen an. Die polizeilichen Abklärungen sowie die Strafverfolgung der Staatsanwaltschaften dauern Wochen bis Monate. Die Justizvollzugsanstalten sind durch die Unruhen stark gefordert.
Zeitlicher Verlauf	Am Tag nach den zunächst friedlichen 1. Mai-Demonstrationen eskaliert die Lage. Während rund drei Wochen dauern die Unruhen an, danach beruhigt sich die Situation. Die Reparaturarbeiten dauern mehrere Wochen.
Räumliche Ausdehnung	Von einer Stadt ausgehend, breiten sich die Krawalle schnell in weitere grössere Schweizer Städte aus. Die Unruhen konzentrieren sich auf die Innenstädte sowie einige Außenquartiere. Vereinzelt kommt es auch in ländlichem Gebiet zu Ausschreitungen, Vandalismus und Sachbeschädigungen. Der Fokus liegt aber auf städtischem Gebiet.

Auswirkungen

Um die Auswirkungen eines Szenarios abzuschätzen, werden zwölf Schadensindikatoren aus vier Schadensbereichen untersucht. Das erwartete Schadensausmass des beschriebenen Szenarios ist im Diagramm zusammengefasst und im nachfolgenden Text erläutert. Pro Ausmassklasse nimmt der Schaden um den Faktor drei zu.

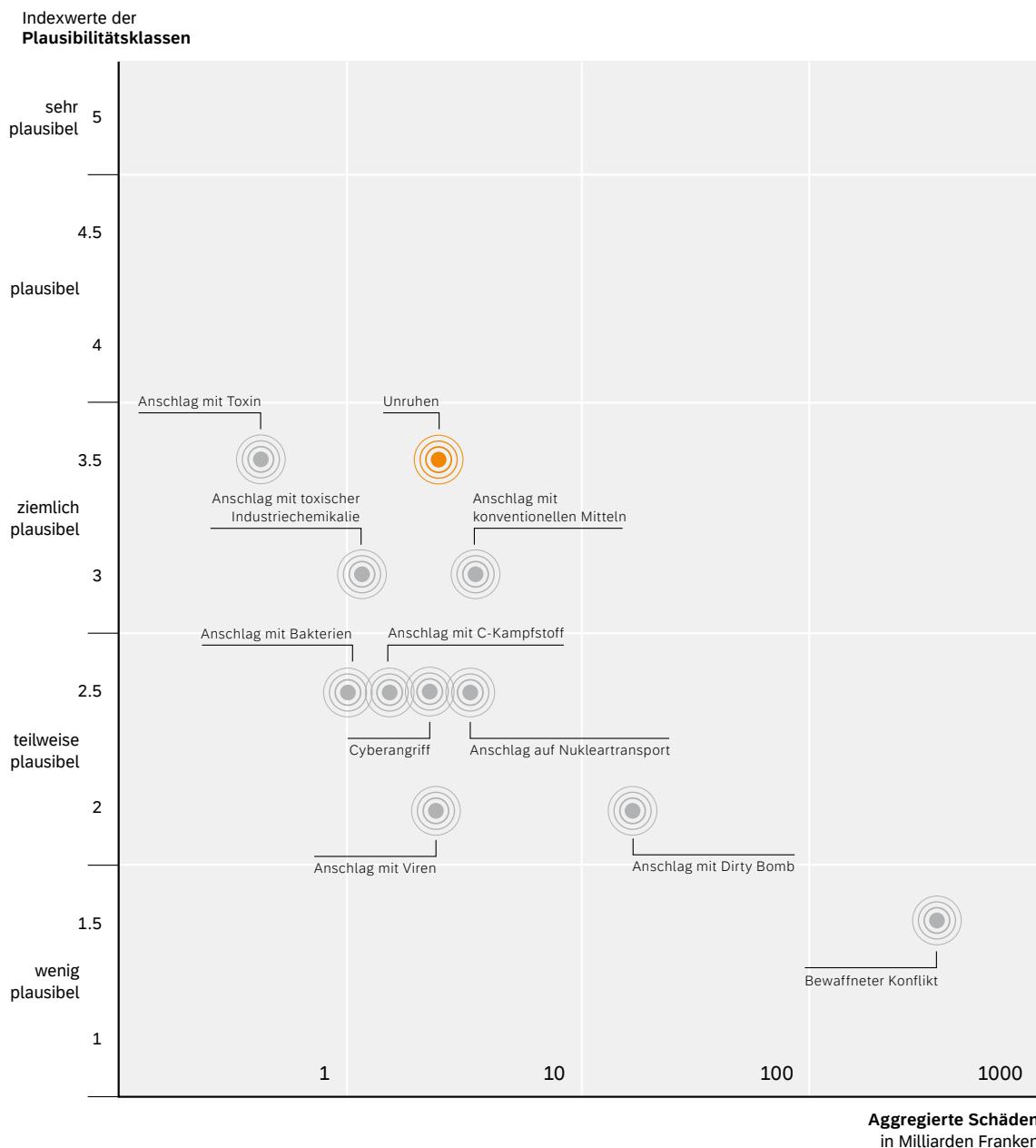


Personen	Viele, vor allem junge, Demonstrierende sind mit Messern bewaffnet und zeigen eine hohe Gewaltbereitschaft. Die Polizei muss ihr Einsatzdispositiv erhöhen. Die Polizeikräfte sind physisch und psychisch stark gefordert, wie auch die Feuerwehr und Sanität. Sie werden bei ihrer Arbeit oft behindert und teilweise tötlich angegriffen. Kriminelle nutzen die Dauerbelastung der Polizei aus und verüben vermehrt Einbrüche und Plünderungen ausserhalb der Krawallzonen. Auf beiden Seiten kommt es zu mehreren Verletzten, die im Spital behandelt werden müssen. Gesamthaft kommt es bei den Demonstrierenden sowie bei den Sicherheitskräften zu 35 lebensbedrohlichen, 100 erheblichen und 500 leichten Verletzungen. Bei den Unruhen gibt es 2 Todesfälle in direkter Folge der Ausschreitungen; 4 weitere Menschen kommen ums Leben, da sie aufgrund der Situation nicht rechtzeitig medizinisch versorgt werden konnten. Aufgrund von Bränden müssen rund 100 Personen aus ihrem Wohnumfeld evakuiert werden; circa 1000 Menschen benötigen kurzfristig Notunterkünfte. Rund 500 Personen, darunter auch Einsatzkräfte, benötigen eine psychologische Erstintervention. Viele gewalttätige Demonstrierende vermeiden aber psychologische Betreuung, aus Angst identifiziert und strafrechtlich verfolgt werden zu können. In der Folge ist vor allem die Jugend- und Sozialarbeit stark gefordert, um das Erlebte mit den Jugendlichen aufzuarbeiten.
Umwelt	Es kommt zu keinen massgeblichen Umweltschäden.

Wirtschaft	<p>Die Sachschäden an Gebäuden der öffentlichen Verwaltung, Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln sowie die entstandenen Kosten für das erhöhte Aufgebot an Sicherheitskräften werden auf rund 870 Mio. CHF geschätzt.</p> <p>Es kommt zu finanziellen Einbussen, da während der Unruhen viele Geschäfte immer wieder vorbeugend schliessen, die Zulieferung erschwert ist und die Bevölkerung während der drei Wochen Teile der besonders betroffenen Innenstädte weitgehend meidet. Auch Touristen meiden die von Unruhen betroffenen Städte und deren Sehenswürdigkeiten, was zu weiteren Einnahmeausfällen führt.</p> <p>Viele Berufstätige erscheinen nicht am Arbeitsplatz, entweder aus Angst vor den Ausschreitungen oder weil der öffentliche Nahverkehr eingeschränkt ist.</p> <p>Die wirtschaftlichen Folgeschäden belaufen sich auf ca. 1 Mrd. CHF.</p>
Gesellschaft	<p>Es kommt zu Versorgungsengpässen in folgenden Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rettungswesen: Die Proteste und Unruhen erschweren oder versperren – meist unbeabsichtigt – den Rettungskräften den Weg zu Verletzten und anderen Unruhen-unabhängigen Einsätzen. Insgesamt sind 250 Personen sind von Verzögerungen bei Rettungseinsätzen betroffen. - Straßenverkehr: Vor allem in den Zentren der betroffenen Städte kommt es während der drei Wochen immer wieder zu massiven Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs. Teilweise führen die Ausschreitungen in den Hotspots zum kompletten Erliegen des Verkehrs und Buslinien werden temporär eingestellt. Dies betrifft etwa 1 Million Menschen an einzelnen Tagen während der drei Wochen. - Schienenverkehr: Auch der Schienenverkehr in den Innenstädten ist teilweise stark eingeschränkt bzw. wird immer wieder eingestellt. Betroffen sind hauptsächlich Tramlinien; die S-Bahn-Fahrten und der Fernverkehr verlaufen weitgehend normal mit nur geringen Beeinträchtigungen. Dies betrifft etwa 1 Million Menschen an einzelnen Tagen während der drei Wochen. - Strafverfolgung bzw. Justizvollzug: Die vielen vorläufigen Festnahmen und damit verbundenen notwendigen Abklärungen führen zwischenzeitlich zu Engpässen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften sowie in den Justizvollzugsanstalten. <p>Mehrere historisch bedeutende Gebäude – dazu gehören auch etliche Verwaltungsgebäude und Bahnhöfe – erleiden durch die Unruhen teils erhebliche Schäden.</p> <p>Ordnung und innere Sicherheit sind während der dreiwöchigen Unruhen zum Teil eingeschränkt. Ein Teil der Bevölkerung ist verängstigt, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung, die in den Zentren der betroffenen Städte lebt, ist teilweise erheblich beeinträchtigt. Die Menschen ziehen sich stark in ihr privates Wohnumfeld zurück.</p> <p>Der Umgang mit den Demonstrierenden, vor allem aber mit den Gewalttägigen, spaltet das Land. Die einen fordern härteres Durchgreifen, die anderen empören sich über die Gewalt der Sicherheitskräfte. Insgesamt gibt es viele Vorwürfe, dass die Verantwortlichen nicht in der Lage sind, während so langer Zeit das Ereignis unter Kontrolle zu bringen. Auch nach Beruhigung der Lage stehen im ganzen Land Politiker, Krisenstäbe und Einsatzkräfte in der Kritik, da man ihnen zu spätes und vor allem falsches Vorgehen vorwirft.</p> <p>Die gewalttätigen Unruhen führen zu kritischer Berichterstattung im In- und Ausland. Das Image der Schweiz im Ausland leidet unter den Unruhen. Der Ruf der Schweiz als sicheres Land ist geschädigt.</p>

Risiko

Die Plausibilität und das Schadensausmass des beschriebenen Szenarios sind zusammen mit den anderen analysierten Szenarien in einer Plausibilitätsmatrix dargestellt. In der Matrix ist die Plausibilität für die mutwillig herbeigeführten Szenarien auf der y-Achse (Skala mit 5 Plausibilitätsklassen) und das Schadensausmass aggregiert und monetarisiert in CHF auf der x-Achse (logarithmische Skala) eingetragen. Das Produkt aus Plausibilität und Schadensausmass stellt das Risiko eines Szenarios dar. Je weiter rechts und oben in der Matrix ein Szenario liegt, desto grösser ist dessen Risiko.



Rechtliche Grundlagen

Verfassung	– Artikel 52 (Verfassungsmässige Ordnung), 57 (Sicherheit), 58 (Armee), 173 (Weitere Aufgaben und Befugnisse) und 185 (Äussere und innere Sicherheit) der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999; SR 101.
Gesetz	– Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) vom 21. März 1997; SR 120.
Verordnung	– Verordnung über den Schutz von Personen und Gebäuden in Bundesverantwortung (VSB) vom 24. Juni 2020; SR 120.72. – Verordnung über den Truppeneinsatz zum Schutz von Personen und Sachen (VSPS) vom 3. September 1997; SR 513.73. – Verordnung über die Krisenorganisation der Bundesverwaltung (KOBV) vom 20. Dezember 2024; SR 172.010.8. – Verordnung über den Bundesstab Bevölkerungsschutz (VBSTB) vom 2. März 2018; SR 520.17.

Weiterführende Informationen

Zur Gefährdung

- Tackenberg, Marco (2011): Jugendunruhen. Die Unruhen der 1980er Jahre. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS). Version vom 24.03.2011.
 - Wahl, Peter (Hrsg.) (2019): Gilets Jaunes: Anatomie einer ungewöhnlichen Bewegung. Serie Neue kleine Bibliothek, Vol. 274. PapyRossaVerlag, Köln
-

Zur nationalen Risikoanalyse

- Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) (2026): Sammlung der Gefährdungsdossiers. Katastrophen und Notlagen Schweiz 2025. BABS, Bern.
 - Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) (2025): Methode zur nationalen Risikoanalyse. Katastrophen und Notlagen Schweiz 2025. Version 3.0. BABS, Bern.
 - Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) (2025): Welche Risiken gefährden die Schweiz? Katastrophen und Notlagen Schweiz 2025. BABS, Bern.
 - Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) (2023): Katalog der Gefährdungen. Katastrophen und Notlagen Schweiz. 3. Auflage. BABS, Bern.
-

Impressum

Herausgeber

Guisanplatz 1B
CH-3003 Bern
risk-ch@babs.admin.ch
www.bevoelkerungsschutz.ch
www.risk-ch.ch